

Kriminelle Giftmischer

Dioxinverseuchte Futtermittel durch Beimengung von Industriefettsäuren in die Nahrungskette gelangt. Über 1000 Landwirtschaftsbetriebe geschlossen

Rainer Balcerowiak

Die Ursache für die Verseuchung von Tierfutter mit krebserregendem Dioxin ist offenbar geklärt. Nach Angaben des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit vom Dienstag ist Mischfettsäure für die Futterproduktion eingesetzt worden, die ausschließlich für die Industrie, etwa zur Herstellung von Schmiermitteln, geeignet und auch entsprechend gekennzeichnet gewesen sei. Der Futtermittelhersteller Harles & Jentsch in Schleswig-Holstein habe die von einem niederländischen Unternehmen gelieferte Fettsäure zur Herstellung von Futterfett verwendet, erklärte ein Behördensprecher. 527 Tonnen dieses Vorprodukts seien dann an sieben Futtermittelbetriebe in Niedersachsen, drei in Nordrhein-Westfalen und jeweils einen Hersteller in Hamburg und Sachsen-Anhalt geliefert worden. Diese zwölf Betriebe hätten anschließend Höfe unter anderem in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Sachsen und Brandenburg beliefert.

Bislang wurden über 1000 Legehennen- und Tiermastbetriebe in den betroffenen Bundesländern gesperrt. Durch Proben soll jetzt geklärt werden, ob sich noch belastete Tiere im Bestand befinden. In welcher Größenordnung verseuchte Eier und Fleischpartien bereits im Handel bzw. bei den Verbrauchern gelandet sind, ist noch nicht abzusehen. In Thüringen wurde gestern nach dem Verbleib von Hunderten möglicherweise kontaminierten Ferkeln gefahndet. Bei einer mittlerweile geschlossenen Hühnerfarm im Kreis Soest (Nordrhein-Westfalen) gehen die Behörden davon aus, daß bis zu 120000 dioxinbelastete Eier ausgeliefert und größtenteils bereits verzehrt wurden.

Der beschuldigte Futterfettlieferant räumte mittlerweile in einer Erklärung ein, »leichtfertig in der irrigen Annahme gewesen zu sein, daß die Mischfettsäure, die bei der Herstellung von Biodiesel aus Palm-, Soja- und Rapsöl anfällt, für die Futtermittelherstellung geeignet ist«. Dagegen weist die Biodieselraffinerie Petrotrec, die die Säure lieferte, jede Schuld von sich. »Wir verkaufen unsere Fettsäuren für technische Zwecke: Das steht im Vertrag, in der Rechnung und im Lieferschein«, sagte Pressesprecher Michael Fiedler-Panajotopoulos der taz (Dienstausgabe). Wenn jemand ein solches Produkt als Futtermittel verkauft hätte, »wäre das kriminell«.

Für die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ist der neuerliche Dioxinskandal »die Spitze eines schmutzigen Futtermittel-Eisbergs«. Landwirte und Verbraucher würden »Opfer agrarindustrieller Strukturen« in der Branche«, heißt es in einer am Dienstag veröffentlichten Erklärung. Die Futterindustrie mische eine »Unzahl von oftmals zweifelhaften Komponenten zusammen« und sei wegen der verschlungenen Wege bei den verschiedenen Verarbeitungsschritten kaum noch kontrollierbar. Offenbar würden manche chemischen Reststoffe dem Futter beigemischt, um Entsorgungskosten zu sparen. Zudem biete die EU-Futtermittelverordnung wenig Schutz, da es keine entsprechend eng gefaßte Positivliste für erlaubte Zutaten gebe. AbL-Sprecher Eckehard Niemann forderte neben schärferen Kontrollen und Regeln zur Deklaration auch eine grundlegende Umkehr in der Agrarpolitik. Futtermittel müßten wieder hauptsächlich auf den eigenen Flächen der Landwirtschaftsbetriebe mit Legehennen bzw. Viehzucht erzeugt werden. Durch ein Bauverbot müßten flächenlose und damit mischfuttermittelabhängige Tierhaltungsfabriken systematisch zurückgedrängt werden.

Auch die Verbraucherschutzorganisation Foodwatch fordert weitgehende Konsequenzen. Futtermittelhersteller sollten umfassend dafür haften, wenn sie Umweltgifte in die Nahrungskette einbringen, erklärte Sprecherin Christiane Groß am Montag abend. Dafür wären entsprechende Gesetze notwendig. Seit Jahren fordere Foodwatch angesichts immer neuer Lebensmittelskandale zudem, jede Charge eines Futtermittels und der einzelnen Zutaten routinemäßig auf Dioxine zu testen. Ferner müßten die Behörden verpflichtet werden, die Verbraucher zeitnah und umfassend über Produkte zu informieren, die mit Sicherheit oder auch nur möglicherweise mit der krebserregenden Substanz belastet sind, so Groß.